

Konzeptpapier zur programmatischen Weiterentwicklung der Piratenpartei

Andreas Popp

10. Januar 2009

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	2
2	Arten von politischer Meinungsbildungsarbeit in einer Partei	2
2.1	Begriff der politischen Meinungsbildungsarbeit	2
2.2	Offensive und defensive politische Meinungsbildungsarbeit	3
3	Die Programmhierarchie	3
3.1	Vertikale Programmhierarchie	3
3.1.1	Das Grundsatzprogramm	3
3.1.2	Wahlprogramme	4
3.1.3	Regionale Parteiprogramme	5
3.2	Horizontale Programmstruktur	6
3.2.1	Regionenspezifische Thematiken	6
4	Gefahren von programmatischen Eingriffen für die Partei	7
4.1	Gefahr der Destabilisierung	7
4.2	Persönliche politische Präferenzen vs. Politische Identität der Partei	8
4.3	Gefahr von impliziten Programmpunkten	8
5	Erarbeiten von Programmänderungen	8
5.1	Grundsätzliches	8
5.2	Schritt 1: Erarbeiten des Antragtextes	9
5.3	Schritt 2: Vorarbeit vor dem Parteitag	9
5.4	Schritt 3: Auf dem Parteitag	10

1 Vorwort

Vor kurzem las ich einen Blogartikel über die Piratenpartei, der mich sehr zum Nachdenken anregte. Besonders der chaotische Eindruck, den unsere derzeitige programmatische Arbeit bei vielen hinterlässt bereitet mir Sorgen. Ich kann mich dem Eindruck aber selbst nicht verwehren, es scheint als würde jeder mit aller Kraft in eine unterschiedliche Richtung rudern.

Wieso? Um diese Frage zu beantworten, habe ich mir eine weitere gestellt: Woher soll auch jemand wissen wohin er rudern soll? Es gibt keine Karte wohin wir fahren wollen, keinen Trommler der den Takt vorgibt und auch keinen ausgemachten Ort wo man sich trifft um sich abzustimmen. Ich denke der Grund ist, dass wir zu schnell zu viel wollten. Wir wollten viele fertige Programme ohne uns vorher überhaupt einige zu sein, welche Art von Programmen wir wofür wollen. Das Ergebnis wirkt wie ein leichter Anflug von Größenwahn, wie ein Versuch alle Probleme der Welt mit einem einzigen Schlag auszuräumen.

Kurzum bedeutet dies: Während bei der Gründung ein einfacher Konsens darüber warum man sich hier getroffen hat für eine programmatische Grundlage ausreichte, so bedarf unsere weitere programmatische Arbeit eines grundlegenden Konzept. Dieses Paper soll der erste Versuch sein ein solches Konzept auszuarbeiten.

2 Arten von politischer Meinungsbildungsarbeit in einer Partei

2.1 Begriff der politischen Meinungsbildungsarbeit

§2 PartG besagt:

Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen[...]

Hiermit soll gleich zu Beginn mit einem Bild von Parteien oder Politikern im Allgemeinen aufgeräumt werden, dass sich leider immer noch in den Köpfen vieler Leute eingenistet hat. Auch wenn ein Politiker (insbesondere diejenigen die in ein Amt gewählt wurden) Diener des Volkes sind, heißt das nicht, dass man sich Marionetten wählt. Politiker sind nicht dazu da einfach das zu machen, was das Volk grade verlangt, sondern ein Politiker hat (zumindest im Grundsatz) seine eigenen Vorstellungen was gut für alle ist und möchte gewählt werden um diese durchzusetzen. Zu diesem Zweck nimmt er an der politischen Willensbildung teil, d.h. insbesondere er versucht viele Leute von seinen Ideen zu überzeugen. Das Volk wählt soll denjenigen wählen, dessen Ideen sie für die besten halten.

Denjenigen die bereits an dieser Stelle widersprechen sei die Frage gestellt: Würdet ihr Gesetzen wie der Vorratsdatenspeicherung zustimmen, wenn die Mehrheit der Bürger das von euch verlangen würde?

Meinungsbildungsarbeit findet an vielen Stellen statt. Die klassische ist immer noch der Straßenwahlkampf, bei dem man versucht Passanten von seiner politischen Meinung zu überzeugen.

2.2 Offensive und defensive politische Meinungsbildungsarbeit

Was kann einem also auf der Straße passieren? Im Optimalfall spricht man jemanden an, er bleibt stehen und man versucht ihn zu überzeugen. Man erzählt warum die Vorratsdatenspeicherung böse ist, warum Online-Durchsuchungen eine Farce sind, wieso der unbescholtene Bürger das wahre Opfer ist und ähnliches. Diese Art von politischer Meinungsbildungsarbeit soll in diesem Zusammenhang als „**offensive politische Meinungsbildungsarbeit**“ bezeichnet werden.

Häufig kehrt sich die Gesprächsrichtung allerdings auch um. Man spricht einen Passanten an um mit ihm über Thema X zu sprechen und bekommt dann die Frage gestellt „Aber als Politiker müssen sie doch auch eine Meinung zum Thema Y haben. Was sagen sie denn dazu?“. Aber hier ist man nicht mehr soweit, dass man „offensiv“ seine Meinung verbreitet, sondern man ist plötzlich in der „**defensiven politischen Meinungsbildungsarbeit**“, da man nun vom gegenüber aufgefordert wird sich dessen Meinung zu einem anderen Thema zu stellen. Natürlich hat man selten Motivation defensive politische Meinungsbildungsarbeit zu praktizieren, dennoch kann man nicht verhindern sich auch dieser stellen zu müssen, wenn man offensive politische Meinungsbildungsarbeit betreibt.

Was dies nun für die Programmatik der Partei bedeutet, beschreibt das nächste Kapitel.

3 Die Programmhierarchie

3.1 Vertikale Programmhierarchie

Zuerst betrachte man nun die allgemeine Programmhierarchie wie sie in Abb. 1 dargestellt ist.

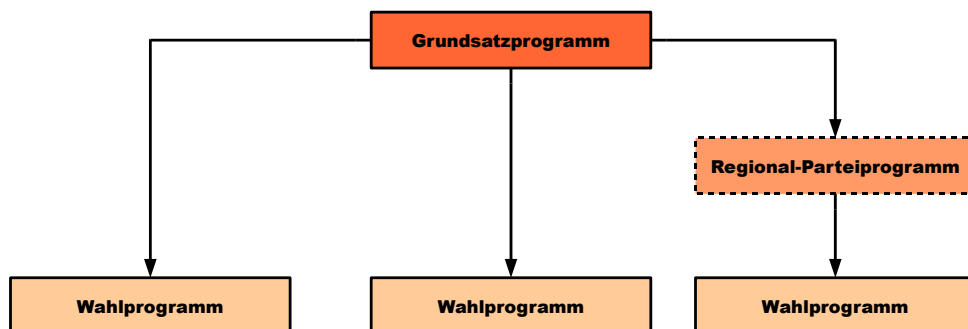


Abbildung 1: Die vertikale Programmhierarchie

3.1.1 Das Grundsatzprogramm

Die Basis aller politischer Arbeit einer Partei ist das Grundsatzprogramm. Allerdings besteht bereits über dieses schon ein Disput was es leisten soll und was nicht. Um diesen zu

beseitigen seien hier ein paar Punkte zur Abgrenzung aufgezählt.

Was das Grundsatzprogramm ist:

- Das Grundsatzprogramm ist die die Basis aus der alle anderen Arten von Programmen abgeleitet werden. Niederangige Programme dürfen dem Grundsatzprogramm nicht widersprechen.
- Das Grundsatzprogramm ist die politische Identität der Partei. Jedes Mitglied identifiziert sich mit diesen grundsätzlichen Zielen und steht für diese ein. Das Grundsatzprogramm wird also von den Parteimitgliedern für die Parteimitglieder gemacht.
- Das Grundsatzprogramm kann vergleichsweise umfangreich sein und soll langfristig soweit wie möglich erhalten bleiben.

Was das Grundsatzprogramm NICHT ist:

- Das Grundsatzprogramm ist nicht dazu da damit hausieren zu gehen. Es ist nicht dazu da auf Flyer gedruckt und an die Wähler verteilt zu werden.
- Das Grundsatzprogramm enthält (noch) keine konkreten Forderung, sondern lediglich Ziele. Die Aufgabe Forderungen zu formulieren um diese Ziele zu erreichen fällt nachrangigen Programmen zu.
- Das Grundsatzprogramm ist kein Schmelztigel aller politischen Meinungen innerhalb der Partei, sondern der Grundkonsens auf den sich **alle** verständigt haben und den **alle** offensiv¹ propagieren möchten.

3.1.2 Wahlprogramme

Wahlprogramme machen dort weiter wo das Grundsatzprogramm aufhört. Sie formulieren Forderungen mit denen die Partei die im Grundsatzprogramm festgehaltenen Ziele – im Kompetenzbereich des Organs das gewählt wird – erreichen will. Das heißt es bringt nichts im Bundestagswahlprogramm Forderungen zur Müllbeseitigungspolitik zu stellen, ohne gleichzeitig zu fordern diesen Bereich von der Kompetenz der Kommunen in die Kompetenz des Bundes zu verschieben.

Während die Zielgruppe des Grundsatzprogramms die Parteimitglieder waren, sind die Zielgruppe des Wahlprogramms die Wähler. Aus diesem Grund sollte ein Wahlprogramm kurz und prägnant genug sein, um (zumindest in Kurzform) auf Flyer gedruckt zu werden. Das Wahlprogramm ist **das** klassische Instrument für die **offensive** politische Meinungsbildungsarbeit. Die Lebensdauer ist üblicherweise eine Legislaturperiode, da das Wahlprogramm effektiv auch von der aktuellen Situation abhängig ist. Die Rücknahme der Vorratsdatenspeicherung zu fordern hat keinen Sinn, wenn sie vorher niemand beschlossen hat.

¹vgl. Kap. 2.2

3.1.3 Regionale Parteiprogramme

Regionale Parteiprogramme sind eine optionale Zwischenebene zwischen dem Grundsatzprogramm und den Wahlprogrammen. Sie werden von regionalen Gliederungen (z.B. Landesverbänden) beschlossen und stehen wie bereits erwähnt unter dem Grundsatzprogramm der Partei, aber auch unter Regionalen Parteiprogrammen höherer Verbände². Mit diesen Forderungen können Regionale Parteiprogramme im Wesentlichen zwei Arten von Inhalten haben.

Präzisierungen des Grundsatzprogramms auf regionale Verhältnisse

Dies ist am besten mit einem (völlig fiktiven) Beispiel erklärt. Man nehme an das Grundsatzprogramm enthält folgenden Pasus:

Wir sind gegen die Gefährdung der Lebensräume von bedrohten Tier- und Pflanzenarten durch die Begehung oder Besiedlung durch den Menschen.

So könnte nun im Landesparteiprogramm Bayern folgender Pasus stehen:

Wir erachten die Alpen als zu schützendes Gebiet, da es sich um die letzten Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzenarten handelt wie z.B. dem Edelweiß handelt.

Ein Landtagswahlprogramm könnte dann diesen Pasus enthalten:

Zum Schutz der natürlich Lebensräumen von Flora und Fauna, fordern wir keine weiten Skipisten in den Alpen mehr anzulegen.

Dies ist der sinnvollste und vorrangige Zweck von Regionalen Parteiprogrammen

Ziele zu noch nicht besetzten Themen-Bereichen

Trifft das Grundsatzprogramm zu bestimmten Themenbereichen keine Aussage, sei es weil der Themenbereich nie bearbeitet wurde oder weil ein Teil eines Themenbereichs „vergessen“ wurde, so verbietet die Programmhierarchie grundsätzlich nicht, diesen Themenbereich im Regionalen Parteiprogramm zu besetzen. Doch **Vorsicht!** Diese Art von programmatischer Arbeit birgt die Gefahr der Zersplitterung.

Aus diesem Grund sollten nur solche Aussagen dieser Art ins Regionale Parteiprogramm aufgenommen werden, die in den wesentlich Punkten auch die Zustimmung der restlichen Partei finden. Insbesondere darf es nicht sein, dass jemand einen Programmpunkt, der auf der übergeordneten Ebene auf Ablehnung stößt, versucht auf einer einzelnen untergeordneten Ebene durchzusetzen. Wenn jede Region eine unterschiedliche politische Identität besitzt, dann ist die Partei vom regionalen Zerfall bedroht. Denn wenn sich die Partei verhält wie ein loser Verband einzelner kleiner Parteien, dann wird sie irgendwann auch zu einem solchen werden.

²so stehen z.B. Kreisparteiprogramme unter Landesparteiprogrammen

3.2 Horizontale Programmstruktur

Die vorherigen Abschnitte haben erläutert wie man mit Hilfe des Grundsatzprogramms und der Wahlprogramme der offensiven politischen Meinungsarbeit nachgehen kann. Aber was macht man nun, wenn die unvermeidbare defensive Meinungsbildungsarbeit einen trifft. Zu diesem Zweck hilft eine horizontale Programmstruktur

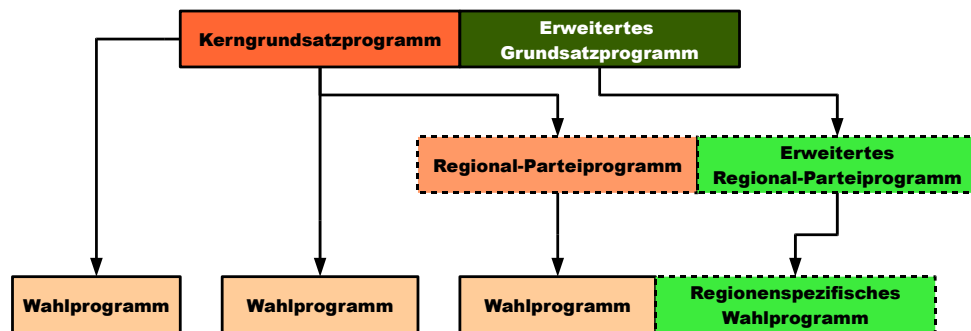


Abbildung 2: Horizontale Erweiterung der Programmhierarchie

Um sinnvolle politische Meinungsbildungsarbeit zu leisten ist es unerlässlich, dass sich die Partei erst selbst auf eine Meinung einigt. Je mehr unterschiedliche Themen man allerdings in das Parteiprogramm aufnimmt umso mehr wird die Identität der Partei verwässert. Um einen Mittelweg zu finden, wird das Grundsatzprogramm schließlich zerlegt.

Das Kerngrundsatzprogramm ist wie oben beschrieben die Grundlage der Wahlprogramme und somit der **offensiven** Meinungsbildungsarbeit.

Das erweiterte Grundsatzprogramm ist hingegen die Grundlage für die **defensive** Meinungsbildungsarbeit. Es sagt quasi aus: Mit dieser Meinung sympathisiert die Partei grundsätzlich, es gibt aber innerhalb der Partei kein allgemeines Interesse diese Meinung aktiv durchzusetzen. Damit bekommt der Fragende eine Antwort, weiß aber auch gleich woran er ist. So weiß er z.B., dass wir bei Koalitionsverhandlungen uns eher den Partner suchen würden der diese Meinung vertritt anstatt eine gegenteilige, aber die Forderung wohl eher nicht selbst in Koalitionsverhandlungen einbringen würden. Aus diesem Grund werden die Ziele des erweiterten Grundsatzprogramms nicht durch Forderungen in Wahlprogrammen unterstrichen.

3.2.1 Regionenspezifische Thematiken

Einen Sonderfall stellen die erweiterten Programmpunkte auf regionaler Ebene dar, wenn es um regionenspezifische Thematiken geht. Eine Thematik ist dabei regionenspezifisch,

wenn vorrangig nur die Bürger einer gewissen Region sich damit auseinandersetzen. Explizit nicht regionenspezifisch ist eine Thematik nur deswegen, weil sie in die Kompetenz einer gewissen Regierungsebene fällt.

Als Beispiel: Studiengebühren fallen zwar in den Zuständigkeitsbereich der Länder sind aber in allen Ländern von Interesse, weswegen eine gemeinsame politische Linie aller Länder sinnvoll ist. Der Flugverkehr am Flughafen Frankfurt hingegen interessiert primär die Hessen und auch dort vielleicht nur eine bestimmte Region.

Um den regionalen Aspekt unserer Untergliederungen nicht verkümmern zu lassen, sollten diese die Möglichkeit haben (wenn sie dies möchten) auch in der regionalen Politik Stellung zu beziehen. Die Auswirkung auf die politische Identität der restlichen Partei sind dabei meist marginal und wer sich gerne auch in die Politik anderer Regionen einbringen will, dem ist es bei uns ja nicht verboten. Diese Form von Programmatik (und auch daraus resultierende Wahlprogramme) lässt sich auch aus dem erweiterten Grundsatzprogramm ableiten.

4 Gefahren von programmatischen Eingriffen für die Partei

4.1 Gefahr der Destabilisierung

Trotz der Tatsache, dass sich die Partei gerne programmatisch weiterentwickeln will, dürfen die negativen Aspekte programmatischer Eingriffe nicht außer Acht gelassen werden. Eine der großen Gefahren besteht gerade bei Änderungen im Grundsatzprogramm darin, alles aufzunehmen was eine deutliche Mehrheit findet. Entscheidender ist aber meist wie die Gegenstimmen ausfallen.

Eine Programmänderung die 90% der Piraten für gut befinden ist nicht wirklich vorteilhaft, wenn die anderen 10% sich dafür in der politischen Identität der Partei gar nicht mehr wiederfinden und austreten. Ein Mitgliederverlust von 10% ist grundsätzlich schon nichts gutes, aber selbst wenn dafür durch den neuen Programmpunkt doppelt so viele Neupiraten angelockt würden, muss dies nicht immer von Vorteil sein. Wenn in den 10% wichtige Leistungsträger enthalten waren, so kann dies bedeuten, dass die Partei nach der Änderung erst eine Zeit lang durch Neuorganisation gelähmt wird. Jegliche Form von programmatischen Eingriffen, insbesondere im Grundsatzprogramm, birgt also immer die Gefahr die Partei zu destabilisieren und in Unruhe zu versetzen. Nicht umsonst werden bei anderen Parteien die Grundsatzprogramme meist Jahrzehnte lang nicht geändert.

Das heißt nun aber nicht, dass die Piratenpartei in ihrer Frühphase die programmatische Arbeit komplett einstellen sollte. Man muss sich nur stets folgende Fragen stellen:

- Passt die Änderung die ich anstrebe gut in die bisherige politische Identität der Partei?
- Bringt die Änderung die Partei auch politisch weiter?

Und auch muss bedacht werden, dass die Welt sich stets wandelt, so dass man manchmal einen Schritt zurück machen muss um wieder zwei vorwärts machen zu können. Wichtig ist dabei das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und im Eifer des Gefechts das gesamte Fundament der Partei auseinander zu nehmen.

4.2 Persönliche politische Präferenzen vs. Politische Identität der Partei

Wovon man explizit absehen sollte ist es Punkte in der Parteiprogrammatik durchsetzen zu wollen, nur weil sie einem persönlich ein Anliegen sind. Häufig haben Parteimitglieder noch viele weitere politische Ansichten, die weit über die Identität der Piratenpartei hinaus gehen. Viele folgen dann der Denkweise: „Die Partei ist jung und sie ist formbar. Jetzt will ich ihr meinen Stempel aufdrücken“. Wenn nun aber jeder der Partei seinen Stempel aufdrückt, wird sie der Zerreißprobe nicht standhalten.

Die Antwort auf dieses Problem steckt schon in unsere Satzung. Die Piratenpartei schließt die Mitgliedschaft in anderen politischen Vereinigungen grundsätzlich nicht explizit aus, erst recht nicht die Mitarbeit in einer Nichtregierungsorganisation. Wenn einem nun also z.B. die Agrarsubventionspolitik am Herzen liegt und gerade wenn man in diesem Bereich an der **offensiven** politischen Meinungsbildungsarbeit teilnehmen will, muss man sich auch die Frage stellen: Ist die Piratenpartei wirklich der richtige Ort dafür?

4.3 Gefahr von impliziten Programmpunkten

Ein letzter aber durchaus erwähnenswerter Punkt sind implizite Programmpunkte. Damit ist gemeint, dass bei einigen Leuten innerhalb der Partei der Eindruck entsteht, die Partei stünde für eine gewisse politische Meinung ein, welche aber nicht im Programm festgehalten ist. Häufig wird diese Meinung dann von selbigen auch nach außen hin vertreten. Gleichzeitig gibt es andere die sich auf das Grundsatzprogramm berufen und die impliziten Punkte dabei nicht als Teil der politischen Identität der Partei betrachten. Auf diesem Nährboden kann sich im schlimmsten Fall ein unüberwindlicher Graben bilden.

Aus diesem Grund sollte jedes Mitglied sich im Klaren sein, dass nur die festgeschriebenen Grundsätze Konsens in der Partei sind. Weitere Punkte müssen zuerst intern vertreten werden, bis sie ein Teil dieses Konsens werden, erst dann ist die Zeit reif sie nach außen zu vertreten.

5 Erarbeiten von Programmänderungen

Wie man Programmänderungen erarbeitet hängt von der Art des Programms ab. Während Wahlprogramme keine hohen Hürden haben (Grundsätzlich könnte sich jeder Kandidat ein eigenes geben, was natürlich wenig sinnvoll wäre), so braucht man für Grundsatzprogrammänderungen eine 2/3 auf dem Bundesparteitag. Aus diesem Grund richten sich die nachfolgenden Seiten vor allem an Piraten, die am Grundsatzprogramm arbeiten möchten, können jedoch wo passend auch auf Wahlprogramme angewendet werden.

5.1 Grundsätzliches

Das wichtigste bei der Ausarbeitung von Anträgen ist **Transparenz**. Wer einen Programmantrag ausarbeiten will, sollte explizit im Vorfeld anderen die Möglichkeit eröffnen mitzuarbeiten. Bedenkt, dass die Ausarbeitung einige Zeit in Anspruch nimmt. Erst auf dem Parteitag das Papier aus dem Hut zu zaubern bringt wohl nur wenig Chancen.

Natürlich ist es grundsätzlich auch möglich einen Antrag mehr oder weniger im Alleingang zu formulieren, wenn man denkt man arbeitet besser allein. Aber dennoch muss euch klar sein: Umso beratungsresistenter ihr an die Sache ran geht, desto geringer sind die Chancen das euer Vorschlag akzeptiert wird.

5.2 Schritt 1: Erarbeiten des Antragstextes

Üblicherweise wird man in Gruppen an ein Thema heran gehen. Das heißt nicht, dass man alle Arbeit nur in der Gruppe statt finden lassen sollte, aber diese sollte sich regelmäßig treffen. Das grobe Vorgehen bei der Ausarbeitung ist

1. Brainstorming
2. Sortieren und Filtern der Themen
3. Gruppieren der Punkte
4. Ausarbeitung des Textes
5. Feinschliff des Textes

Von Anfang an solltet ihr euch immer in der Gruppe treffen (akustische Kommunikation wie Telefon oder VoiceChat hat sich als vorteilhaft erwiesen) und das Ergebnis kontinuierlich nach außen tragen. Macht Protokolle die ihr z.B. im Wiki oder auf „eurer“ Mailingliste veröffentlichen und holt euch Feedback aus dem Plenum.

Der Punkt „Gruppieren der Punkte“ sollte nicht unterschätzt werden. Eine sinnvolle Untergliederung eures Vorschlags macht es möglich, strittige Absätze einfach zu entfernen ohne das euer ganzer Vorschlag von einer Ablehnung bedroht ist.

In absehbarer Zeit könnte eine solche Vorarbeit bis zu einem gewissen Grad auf einer Klausurtagung statt finden.

5.3 Schritt 2: Vorarbeit vor dem Parteitag

Euer Papier ist fertig und ihr wollt es beschließen? Zuerst: Veröffentlicht es. Umso weiter im Vorfeld umso besser. Ihr werdet schnell merken, wenn irgendwelche Punkte euch eine Mehrheit kosten könnten.

Eure Hauptarbeit ist nun aber politische Basisarbeit:

Sucht Unterstützer:

Versucht auszuloten wer sich als Unterstützer für euren Vorschlag eignet. Dies kann jemand sein, der sich mit der Materie von Berufswegen auskennt, dessen Meinung von anderen geschätzt wird oder auch nur jemand der auf den Parteitag fährt.

Sucht Gegner:

Fast noch wichtiger als Unterstützer sind Gegner. Wenn euer Antrag von einem Gegner angegriffen wird habt ihr die Möglichkeit ihn zu verteidigen. Die Pros und Contras helfen den Leuten ungemein der Entscheidungsfindung und unterstützen damit euren Antrag.

5.4 Schritt 3: Auf dem Parteitag

Die Erfahrung zeigt, dass einen kompletten Text von Null auf einem Parteitag anzufangen und zu beschließen nicht möglich ist. Das heißt euer Text muss bis dahin schon wirklich sehr ausgereift sein. Bereitet euch also darauf vor euren Vorschlag auf dem Parteitag vorzustellen.

Und vergesst nicht Unterstützer und Gegner zu suchen. Denn eins muss euch klar sein, die meisten werden euren Vorschlag nicht im Vorfeld lesen. Diese Leute werden sich auf dem Parteitag eine Meinung bilden, wenn sie das nicht können werden sie euren Vorschlag eher ablehnen als annehmen und ihr braucht eine 2/3-Mehrheit.